



Vorsicht! Lohndiebe

Teurer
Vaterschafts-
urlaub **NEIN**

Medienkonferenz 18. August 2020

Referat Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV

Nein zum teuren Ausbau der Sozialwerke

Die Schweiz steckt mitten in der schwersten Rezession seit bald 50 Jahren. Der Staat muss einschneidende Sparmassnahmen ins Auge fassen. Die Sicherung der bestehenden Sozialwerke wird uns gewaltige Opfer abverlangen. Den Sozialstaat weiter aufzublähen ist keine Option.

Ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub verursacht direkte Mehrkosten von 230 Millionen Franken. Das ist nur ein Bruchteil der effektiven Kosten. Eine im Auftrag des Bundes verfasste Studie hat ergeben, dass die indirekten Kosten die direkten Kosten um das Doppelte bis Vierfache übersteigen. Was sind das für Kosten? Viele Betriebe bezahlen während des Vaterschaftsurlaubs den vollen Lohn, erhalten von der EO aber nur 80 Prozent entschädigt. Wenn Arbeitnehmende am Arbeitsplatz fehlen, muss für Ersatz gesorgt werden, was in der Regel mit Mehrkosten verbunden ist. Weiter entstehen Produktivitätseinbussen, weil Beschäftigte mit weniger Routine einspringen müssen. Und es entstehen auch sogenannte Opportunitätskosten, wie zum Beispiel entgangene Aufträge. All diese Faktoren führen zu indirekten Mehrkosten zwischen 500 und 900 Millionen Franken. Wir stimmen also über einen Sozialausbau ab, der bis zu einer Milliarde Franken kosten wird.

Gerade für KMU stellen nicht nur die Mehrausgaben, sondern auch die zusätzlichen Absenzen ein Problem dar. Klein- und Kleinstbetriebe müssen mit einem Minimum an Beschäftigten auskommen. Die Liste der Gründe für Absenzen ist bereits heute lang. Sie reicht von Ferien und Weiterbildungen, über Betreuungsurlaube bis zu Militärdiensten.

Die Kumulation aller Absenzen vermindert die Produktivität und Wirtschaftlichkeit der einzelnen Mitarbeitenden. Noch mehr liegt nicht drin. Denn – etwas spitz bemerkt – die Betriebe sind dringend darauf angewiesen, dass sie ihre Mitarbeitenden auch gelegentlich am Arbeitsplatz und nicht nur auf den Lohnformularen sehen.

Die Erhöhung der Lohnabzüge um 0,05 Prozent mag isoliert betrachtet bescheiden aussehen. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass mit der Sanierung der Bundesfinanzen und der bestehenden Sozialwerke viele weitere Abgaben auf uns zukommen. Es sind dies:



Vorsicht! Lohndiebe

Teurer
Vaterschafts-
urlaub **NEIN**

STAF (ab 2020)	0,3 Lohnprocente
AVH 21 (Stabilisierung AHV) / circa ab 2023	0,7 Mehrwertsteuerprocente (Antrag Bundesrat) / Zusätzlicher Finanzbedarf von circa 1,5 Mehrwertsteuerprocenten ab 2030
BVG-Reform (circa ab 2025)	0,4 (Modell sgV) bis 0,8 Lohnprocente (Modell Gewerkschaften)
Arbeitslosenversicherung	Finanz. Mehrbedarf noch nicht quantifizierbar
Invalidenversicherung	Finanz. Mehrbedarf noch nicht quantifizierbar
Vaterschaftsurlaub	0,05 Lohnprocente
Krankenversicherung	3 bis 4 Prozent jährliches Prämienwachstum (entspricht rund einer Milliarde Franken oder 0,3 Lohn- oder Mehrwertsteuerprocenten)
24 Wochen Elternzeit (gefordert von der Eidg. Kommission für Frauenfragen)	Würde rund 0,7 Mehrwertsteuerprocente kosten.
Zusätzliche Betreuungstage und Betreuungsurlaube (in Kraft ab 2020)	Mehrkosten von gut 200 Millionen Franken

Das heisst: von den Bruttolöhnen wird immer weniger übrig bleiben und der Produktionsfaktor Arbeit wird immer teurer. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Luxusprojekte wie staatlich verordnete Vaterschaftsurlaube können wir uns nicht mehr leisten. Deshalb hat die Gewerbeammer, das Parlament des Schweizerischen Gewerbeverbandes die klare Nein-Parole zu diesem unnötigen Sozialwerk gefasst.